



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

12. Februar 2021
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Impfstoffe: Im Würgegriff der profitgierigen Pharmakonzerne

Die Impfzentren haben mit viel weniger Terminen als geplant geöffnet. In den Krankenhäusern weiß ein Teil der Beschäftigten noch immer nicht, wann er geimpft wird. Vom Rest der Bevölkerung ganz zu schweigen. Nichts ist planbar, denn alle Pharmakonzerne liefern deutlich weniger Impfstoff als versprochen.

Im Vorfeld hatten diese großspurige Zusagen gemacht, von denen sie schon wussten, dass sie sie nicht einhalten werden. AstraZeneca hatte sogar versprochen, ab Januar 2021 in einer Fabrik Impfstoffe zu produzieren, die noch nicht mal fertig gebaut ist. Aber egal, Hauptsache sie konnten so im Vorfeld möglichst viel Impfstoff zu saftigen Preisen an die Regierungen verkaufen. Und nun, wo sie das Geld in der Tasche haben, heißt es „Überraschung: Wir liefern nur halb so viel wie versprochen.“ Und was sagt die Regierung? „Wir haben alles versucht. Aber wir können da leider nichts tun.“

Die Wahrheit ist, die Regierungen wollen nichts machen. Für sie standen von Anfang an die Profite der Pharmakonzerne über den Interessen der Allgemeinheit. So hat die EU bislang einzig bei den westlichen Pharmakonzernen Impfstoff gekauft. Weitere Quellen haben sie schlicht ignoriert, zum Beispiel den russischen oder chinesischen Impfstoff, die in den Studien bislang nicht schlechter dastehen – damit „ihre“ Konzerne den Gewinn auch ja mit niemandem teilen müssen.

Aus demselben Grund weigern sich die Regierungen heute, die Patente außer Kraft zu setzen. In Wuppertal steht eine Fabrik von Bayer, die schon seit Wochen Impfstoff von BioNTech oder Moderna produzieren könnte. Doch stattdessen liegt sie brach – weil Bayer nur „seinen“ Curevac-Impfstoff produziert, der aber noch nicht zugelassen ist. Und das ist kein Einzelfall. Es gibt genug Pharmafirmen auf der Welt, in deren Anlagen man große Mengen der

bereits zugelassenen Impfstoffe produzieren könnte. Doch BioNTech/Pfizer, AstraZeneca und Co. weigern sich, ihre Patente freizugeben.

Die Profitgier der Pharmakonzern-Besitzer schadet der Bekämpfung des Virus erheblich – genau wie allem anderen medizinischen Fortschritt. Man denke nur an all die Menschen, die an Aids oder Hepatitis sterben, weil sie sich die teuren Medikamente nicht leisten können. Oder daran, dass wichtige Forschungen (wie nach neuen Antibiotika) brachliegen, weil sie nicht „profitabel“ genug sind.

Was überhaupt an Forschung stattfindet, haben die Konzerne fast vollständig an Start-Ups ausgelagert – und mehr noch an die Allgemeinheit. Die parasitären Pharmakonzerne beschränken sich darauf, die Ergebnisse zu kaufen, zu patentieren und dann als „ihre“ Medikamente teuer auf den Markt zu bringen.

Bei den Corona-Impfstoffen läuft es ganz genauso. Öffentliche Universitäten haben alle Grundlagen erforscht. Die Regierungen haben außerdem im letzten Jahr mehrere Milliarden an Forschungsgeldern für Corona-Impfstoffe gezahlt. Und doch „gehören“ die Impfstoffe nun den Pharmakonzernen, die sie für teures Geld an die Regierungen verkaufen können.

Dass sie sich übrigens nicht mal trauen, die Verträge über Kaufpreise und Haftungsregelungen zu veröffentlichen, gibt eine Idee davon, wie dreist die Pharmakonzerne hier abgesahnt haben.

Das ist das Prinzip kapitalistischen Eigentums: Die Allgemeinheit bezahlt die Forschung und den Impfstoff und haftet für Risiken und Nebenwirkungen. Die Arbeitenden stellen ihn her, verteilen und verimpfen ihn. Doch die gesamte Entscheidungsgewalt liegt in den Händen privater Konzerne.

Und die haben nicht nur entschieden, viel zu wenig zu produzieren, sondern

das Wenige außerdem an die Staaten zu verkaufen, die am meisten bezahlen können, sprich USA, EU, Israel, Großbritannien. Diesen Staaten haben sie für 2021 sogar mehr Impfdosen verkauft, als sie für ihre Bevölkerung benötigen. Ärmere Länder hingegen sollen mehrere Jahre warten, bis ausreichend Impfstoff für sie hergestellt wird – sodass das Virus weiter grassieren, töten und neue gefährliche Mutanten bilden kann.

Selbst Forschende, Hilfsorganisationen und Journalisten warnen davor, dass es lebensgefährlich ist, die Entscheidung über Produktion und Verteilung der Impfstoffe in den Händen privater Pharmakonzerne zu lassen. Und die kapitalistische Marktwirtschaft zur Pandemiebekämpfung unfähig und ungeeignet ist.

Im Interesse der gesamten Menschheit müssen Forschung und Produktion der Impfstoffe unter die Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung gestellt werden! Die Patente und Geschäftsgeheimnisse müssen aufgehoben und alle Firmen, die die Möglichkeiten hierzu haben, müssen in die Pflicht genommen werden, Impfstoffe zu produzieren – nach einem Produktionsplan, der von den Bedürfnissen der gesamten Weltbevölkerung ausgeht.

Und dies gilt nicht nur für die Impfstoffe. Denn nicht nur hier funktioniert das kapitalistische System ganz und gar nicht. Der Kapitalismus ist grundlegend unfähig, auch nur eines der wichtigen Probleme der Menschheit zu lösen. Im Gegenteil: Er verschlimmert sie mit seiner verantwortungslosen und parasitären Profitlogik.

Ob zur Bekämpfung von Krankheiten, Hunger, Arbeitslosigkeit oder Klimawandel: Die lebenswichtigen Probleme werden die Menschheit nur lösen können, wenn die Betriebe nicht mehr unter der Herrschaft einzelner Kapitalisten und der Profitlogik stehen, sondern in den Händen der Arbeitenden geplant für die Bedürfnisse der Allgemeinheit produzieren.

Russland: Massenproteste gegen das Regime

Ende Januar hat Russland die größten Proteste seit 20 Jahren erlebt. In ungefähr hundert Großstädten Russlands kam es am 23. Januar zu Demonstrationen, eine Woche später erneut.

Auslöser war einerseits die Forderung nach der Freilassung des Politikers Nawalny, den Putin hat verhaften und zu dreieinhalb Jahren Straflager verurteilen lassen, kaum war er aus Deutschland zurückgekehrt, wo er nach einem Giftanschlag durch den Geheimdienst behandelt worden war.

nen zu beenden. Über 5.000 Menschen wurden beim ersten Mal verhaftet, beim zweiten Mal noch mehr.

Doch mit viel Mut wideretzten sich die Demonstranten. Manchmal griffen sie sogar die Polizei an, um ihr schon festgenommene Demonstranten wieder zu entreißen, wie es die Arbeiter von Lada-Renault in Togliatti für einen ihrer Arbeitskollegen taten. Oder sie belagerten ein Polizeikommissariat, um die Freilassung ihrer Kollegen zu erreichen.

Fleisch und andere Nahrungsmittel verdreifacht. Ganze Teile der Arbeiterklasse sind in die Armut abgerutscht, ebenso Teile des Kleinbürgertums, der kleinen Händler, Selbstständigen... Immer häufiger kommt es zu Streiks für höhere Löhne, oder dafür, dass die Löhne überhaupt gezahlt werden.

Der Erfolg der Demonstrationen im Januar hat gezeigt, dass die Wut auf das Regime und die Unzufriedenheit mit der sozialen Lage zunehmen. Und eben in den Protesten, den sozialen Explosionen der arbeitenden Bevölkerung liegt die Hoffnung – nicht in einem Nawalny, der uns hier in den Medien gerne als der „Hoffnungsträger“ für Russland präsentiert wird.



Doch vielleicht mehr noch war es das von Nawalyns Anhängern veröffentlichte Video, das Putins bislang geheim gehaltenen Palast am Schwarzen Meer zeigte: ein Anwesen 39 mal so groß wie das Fürstentum von Monaco, mit zwei Hub-schrauberlandeplätzen, Kasino, Eislaufbahn, Theater... für geschätzte 1,12 Milliarden Euro. Unter anderem sollen Gelder, die eigentlich für den Bau eines großen Krankenhauses gedacht waren, für diesen Palast „abgezweigt“ worden sein.

Angesichts dieser Bilder explodierte die angestaute Wut vieler Menschen über Putin und all die anderen Bürokraten, die die Reichtümer des Staates plündern und sich auf unverschämte Weise bereichern, während ein wachsender Teil der Bevölkerung verarmt.

Das Regime ist mit extremer Polizeigewalt vorgegangen, um die Demonstrationen

Und auch viele, die sich nicht auf die Straße trauten, bezeugten ihre Unterstützung für die Demonstranten und – was neu ist – diskutierten darüber am Arbeitsplatz.

Noch bis vor wenigen Jahren hatte Putin viel Rückhalt in der Bevölkerung. Er galt als derjenige, der Russland aus dem Chaos und Verfall der 90er Jahre gerettet und den Menschen Stabilität, feste Einkommen und Würde zurückgebracht hatte. Doch die Wirtschaftskrise, der Rückgang der Industrieproduktion und der Einnahmen aus Gas- und Ölexporten haben die Lebensbedingungen in den letzten Jahren massiv verschlechtert – und 2020 noch schlimmer als vorher.

Während Millionen Arbeitende mit mickrigem Kurzarbeitergeld dastehen und viele andere ihren Job verloren haben, haben sich die Preise für Obst, Gemüse,

Seine Inhaftierung kann man nur verurteilen. Doch was zwischen ihm und Putin abläuft, ist ein Kampf von Cliquen um die Macht. Nawalny, der an rechten Aufmärschen gegen Einwanderer teilnahm, der sich Verbündete unter den rechtsnationalistischen Gruppen wie auch unter hohen Staatsbürokraten gesucht hat, und dessen Wirtschaftsprogramm in der Forderung nach „mehr Kapitalismus“ besteht: Dieser Nawalny ist vielleicht eine Hoffnung für das internationale Kapital, eine Möglichkeit, Putin irgendwann zu ersetzen, ohne dass sich irgendetwas Grundlegendes ändert.

Doch für die russische Bevölkerung würde die Herrschaft der Bürokraten, würden Ausbeutung, Armut und Repression mit ihm genauso weitergehen.

Doch wenn Wut, Proteste und Streiks unter der arbeitenden Bevölkerung zunehmen, und wenn dies dazu führt, dass Arbeitende wieder anfangen sich eigenständig zu organisieren, um ihre Interessen zu vertreten – unabhängig von Bürokratie, Groß- und Kleinbürgertum – dann kann die Arbeiterklasse eine wirkliche Veränderung der Verhältnisse einläuten.

*(in Anlehnung an Artikel unserer französischen Genoss*innen von Lutte Ouvrière in ihrer gleichnamigen Zeitung vom 29. Januar 2021)*

Asklepios:**Lassen wir uns nicht mundtot machen!**

Asklepios versucht, eine Pflegekraft der Hamburger St.Georg-Klinik zu kündigen.

Sie hatte im Fernsehen angeprangert, dass dort auf der voll belegten Corona-Intensivstation fast immer unter der gesetzlichen Personaluntergrenze gearbeitet wird, und manchmal nicht einmal mehr eine menschenwürdige Sterbebegleitung möglich ist. Dass es schon seit langem viel zu wenig Pflege-, Service- und Reinigungskräfte gibt, aber Corona

jetzt endgültig jeden Rahmen sprengt.

Die Kollegin hat also nichts anderes getan, als das offen anzusprechen, was in allen Krankenhäusern abgeht. Und dafür soll sie jetzt gekündigt werden!

Rausgeschmissen und bestraft gehören diejenigen, die für diese katastrophalen Zustände verantwortlich sind – und nicht diejenigen, die sich dagegen zur Wehr setzen.



Seit Dezember gibt es täglich Protest-Mahnwachen vor dem Krankenhaus gegen die Kündigung der Kollegin. Weitere Pflegekräfte haben im Fernsehen mutig dieselben Aussagen wiederholt, für die ihre Kollegin gekündigt wurde. Aber Asklepios hat sich nicht getraut, noch mehr Arbeitende zu entlassen. Auch aus anderen Krankenhäusern und

Betrieben gibt es Solidarität und Unterstützung für die Kollegin, die auch als engagierte Gewerkschafterin bekannt ist.

Asklepios hat versucht, mit dieser Kündigung alle Krankenhaus-Beschäftigten einzuschüchtern und mundtot zu machen. Doch bislang haben sie damit das Gegenteil erreicht.

Siemens: Verbot von Entlassungen!

7.800 Arbeitsplätze will Siemens Energy in den nächsten drei Jahren vernichten, davon allein 1.000 in Mülheim und Duisburg. Alle Bereiche sind betroffen: Produktion, Forschung, Verwaltung. Jeder sechste Siemens-Beschäftigte im Ruhrgebiet soll seinen Arbeitsplatz verlieren, mit der zynischen Erklärung, man wolle „Prozesse optimieren“ und „schlankere Strukturen“ einführen. Übersetzt bedeutet das nichts anderes, als dass die Übriggebliebenen die Arbeit ihrer entlassenen Kolleg*innen auch noch mitmachen sollen. All das, um 0,3 Milliarden Euro einzusparen – weil den Aktionären die 4,2 Milliarden Euro, die der Siemens-Konzern im letzten Jahr gemacht hat, nicht reichen.

Siemens ist keine Ausnahme. Ein reicher Konzern nach dem anderen kündigt derzeit drastische Entlassungs- und Stellenabbaupläne an: Die Commerzbank will die Hälfte ihrer Filialen schließen und 10.000 Arbeitende entlassen, bei MAN sind es 3.500, bei Douglas 2.500, bei Schaeffler 4.400, bei BASF 2.000...

In der jetzigen Krisenzeit sind Entlassungen erst recht ein Verbrechen. Sie bedeuten, dass man jemanden mitten im Sturm über Bord schmeißt. Entlassungen und Stellenabbau müssen verboten werden! Die Gewinne und aufgehäuften Gewinne der letzten Jahre müssen im Gegenteil dazu dienen, die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen.

Kitas: Das Problem begann schon vor Corona

Für viele Eltern ist es eine extreme Belastung, dass ihre Kinder derzeit nicht in die Kita können. Für einige Eltern ist dies jedoch nicht erst seit Corona so. In Städten wie Krefeld, Essen oder Dortmund bekommt mehr als jedes zehnte Kind zwischen 3 und 6 Jahren keinen Kita-Platz – in Duisburg sogar jedes fünfte. Denn es werden weder genug Erzieher*innen eingestellt, noch genügend Kitas gebaut. Es würden sogar noch viel mehr Plätze fehlen, wenn in jede Kita-Gruppe nicht immer mehr Kinder gestopft würden und an manchen Tagen nur eine Erzieherin für fünfzehn Kinder da ist.

Genau dies hat jetzt mit Corona zu noch katastrophaleren Bedingungen geführt. Denn für kleinere Gruppen ist kein Personal da; ja teilweise nicht mal genug Personal für eine vernünftige Notbetreuung.

Dieser Mangel wird nach der Pandemie nicht verschwinden, im Gegenteil. Gegen ihn hilft einzig ein Kampf für die Schaffung massenweiser Arbeitsplätze in den Kitas und all den anderen nützlichen öffentlichen Einrichtungen!

Eine Goldgrube für Baukonzerne

Viele Eisenbahnbrücken müssen unbedingt saniert werden. Doch die Sanierung einer solchen Brücke kostet mittlerweile fast das Doppelte wie vor fünf Jahren. Warum? Die Preise für Stahl und Beton haben sich in den letzten fünf Jahren nicht verdoppelt, und die Löhne der Bauarbeiter erst recht nicht.

Nein, diese riesigen Summen stecken sich die Besitzer und Aktionäre der großen Baufirmen ein. Sie nutzen die Tatsache aus, dass sie die Preise hochtreiben können, weil sie dringend gebraucht werden. Denn viele Brücken sind so marode, dass die Bahn mit der Sanierung nicht mehr warten kann.

Der Staat könnte das verhindern, indem er selber Bauarbeiter einstellt und die Arbeiten übernimmt. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die Regierung findet es völlig in Ordnung, diesen Kapitalisten (stillschweigend) das Geld in den Rachen zu werfen, während man bei den Bahnbeschäftigten und bei allem Nützlichen für die Fahrgäste spart.

Durstexpress: Durst nach immer mehr Profit

Mehrere tausend Arbeitende vom Getränkelieferer Durstexpress erhalten gerade ihre Kündigung, und die Lager in Bochum, Leipzig und Berlin sollen ganz geschlossen werden. Dabei haben sie der Firma gerade erst einen Rekordgewinn beschert, indem sie in der Corona-Zeit in unzähligen Extraschichten Getränkeketten treppauf-treppab geschleppt haben.

Doch der Mutterkonzern Dr. Oetker will die Fusion von Durstexpress mit dem Konkurrenten Flaschenpost nutzen, um Standorte zu schließen und Löhne zu drücken. Den Gekündigten bietet Dr. Oetker dreist an, dass sie sich bei Fla-

schenpost neu bewerben könnten. Allerdings nicht für 13 Euro die Stunde wie bisher, sondern zum Mindestlohn.

In den betroffenen Lagern hat es nie Betriebsräte oder Gewerkschaften gegeben, und so dachte der Konzern wohl, dass alle den Angriff stillschweigend hinnehmen. Falsch gedacht!

Arbeitende mehrerer Lager haben angefangen sich zu organisieren, Mahnwachen und gemeinsame Demonstrationen zu veranstalten, gerichtlich zu klagen... um zu verhindern, dass die Milliardärsfamilie Oetker ihnen so einfach ihre Existenz und ihre Löhne nehmen kann.



Die faulen Eier sind die, die uns entlassen!

Der Präsident des Arbeitgeberverbands der Metallindustrie hat gefordert, das Arbeitslosengeld und HartzIV noch mehr zu kürzen. Es dürfe nicht sein, so erklärte er, „dass jemand, der nichts tut, eine Grundsicherung bekommt“.

Was für ein schlechter Scherz! Die Bosse der Metall- und Elektroindustrie haben allein im letzten Jahr über 150.000 Arbeitende entlassen. 150.000, die gezwungenermaßen „nichts tun“, weil man ihnen den Arbeitsplatz geraubt hat. Und nun sollen sie zusätzlich mit noch mehr Druck und noch mehr Kürzungen bei HartzIV bestraft werden, während die Bosse gleichzeitig Milliarden vom Staat geschenkt bekommen?

Genau umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Bosse der Metallindustrie müssen gezwungen werden, in der Krise alle Arbeitsplätze zu erhalten. Und dafür muss man an diejenigen drangehen, die tatsächlich keinen Handschlag tun und dabei Milliarden kassieren: die Besitzer und Großaktionäre der Konzerne!

Kein Platz für Kinder?

Für die neuen Erstklässler fehlen in Essen so viele Grundschulplätze wie noch nie. Zahlreiche Kinder haben keinen Platz auf der Schule in ihrer Nähe bekommen.

Um sie überhaupt unterzubringen, müssen bis zum Sommer noch ein Dutzend zusätzlicher Pavillons und Container aufgestellt werden, in denen sie dann notdürftig untergebracht werden.

Über 60 solcher „Notunterkünfte“ gibt es an Essener Grundschulen bereits – weil es hinten und vorne an Schulgebäuden mangelt. Von den fehlenden Lehrkräften ganz zu schweigen.

Kein Wunder: Es gibt heute genauso viele Erstklässler wie vor 20 Jahren, aber 22 Grundschulen weniger als damals!

All diese Grundschulen haben die regierenden Politiker „aus Kostengründen“ abgeschafft.

Eine tödliche Investition

Die Bundesregierung hat entschieden, für Rüstung (Drohnen, Panzer, Kampfjets usw.) noch einmal 3% mehr auszugeben als im letzten Jahr: ganze 53 Milliarden Euro.



Von diesem Geld könnte man jedes Jahr über eine Million Arbeitsplätze in Altenheimen, Kitas, Krankenhäusern, Schulen, Bus und Bahn schaffen, was das Leben der gesamten arbeitenden Bevölkerung massiv verbessern würde.

Stattdessen werden diese irrsinnigen Summen dazu verwendet, die Rüstungskonzerne reich zu machen und zu Krieg und Zerstörung in der Welt beizutragen.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 13€ pro Jahr!